

Adelheid Bahr (Hg.)



Ein Aufruf an alle von
Matthias Platzeck, Peter Gauweiler,
Antje Vollmer, Oskar Lafontaine,
Gabriele Krone-Schmalz, Peter Brandt,
Daniela Dahn und vielen anderen

Inhalt

Adelheid Bahr: Vorwort	9
Egon Bahr: Verantwortungspartnerschaft mit Moskau und Washington-Rede anlässlich der Verleihung des Dr. Friedrich Joseph Haass-Preises 2015	12
Egon Bahr: Am Abgrund – Moskau 21.07.2015	25
Wolfgang Bittner: Russland gehört zur europäischen Familie – Was um Himmels willen treibt Deutschland gegen Russland?	29
Peter Brandt: Deutschland, Russland und Europa	42
Mathias Bröckers: Der Kampf um die »Weltinsel« – Das aktuelle Russland-Bashing und die hysterische Putin-Phobie	51
Daniela Dahn: Von Egon Bahr lernen heißt verstehen lernen	56
Friedrich Dieckmann: Ratloses Erschrecken Zum Stand der deutsch-russischen Beziehungen	67
Frank Elbe: Zum Umgang mit Russland – Rückkehr zu bewährten Strategien	78
Justus Frantz: Deutschland muss Vorbild sein für friedliche und freundschaftliche Beziehungen zu Russland	84

Von Egon Bahr lernen heißt verstehen lernen

Von Daniela Dahn

Für die deutsche Politik gegenüber Russland besteht ein klarer demokratischer Auftrag. Der Bruch zwischen diesem Auftrag und seiner Umsetzung könnte größer nicht sein. Natürlich können Politiker nicht einfach nach Meinungsumfragen regieren - dann könnte man sie sich ja sparen. Aber wenn sie den Wählerauftrag und die Haltung ihrer Parteibasis derart ignorieren, könnte auch die Frage ihrer Zweckdienlichkeit auftauchen.

94 Prozent der Deutschen halten gute Beziehungen zu Russland für wichtig. So das Ergebnis einer umfangreichen Studie des forsa-Institutes für Politik und Sozialforschung vom April 2018. Bei den SPD-Mitgliedern sind es sogar 98 Prozent. Da ist das Erbe von Willy Brandt und Egon Bahr noch lebendig. 97 Prozent von ihnen befürworten eine von den USA emanzipierte Politik, die die russischen Interessen berücksichtigt. Da liegen die Genossen noch vor den recht russlandfreundlichen Ostdeutschen, die ihre einstige Besatzungsmacht offenbar nicht in so schlechter Erinnerung haben. Auch wenn die Massenorganisation „Deutsch-Sowjetische-Freundschaft“ eine leere Hülle war, so haben doch bis 1989 alle Russisch gelernt. Oft ungern, aber heute schenken sie sich Souvenirs mit der Aufschrift:

Венн Ду дас лезен каннст, бист Ду кейн Весси!

In den Lehrplänen war die heroische Gegenwartsliteratur obligatorisch, in den Konzertsälen und auf den Bühnen begegnete man aber der russischen Klassik, und Kenner schätzten lange vor der Perestroika für DDR-Verhältnisse bemerkenswert kritische sowjetische Filme und Romane. Nicht wenige haben das Land und seine nach deutscher Kriegsschuld staunenswert gastfreundlichen Menschen auf Reisen kennengelernt - Delegazija - dienstlich, studienhalber, touristisch, gelegentlich auch privat.

Zigtausende junger Leute arbeiteten über Monate auf der Großbaustelle der Erdgastrasse Druschba. Jahrelang wurde an dem über 500 Kilometer langen DDR-Abschnitt quer durch die Ukraine gebaut. Eine technische und finanzielle Herausforderung, da zahllose Berge, neun Sümpfe, ein Stausee und der mächtige Fluss Dnepr durchquert werden mussten. Nach Inbetriebnahme der Leitung zahlte die Sowjetunion mit zum Teil kostenlosem Gas. Schließlich wurde auch noch eine Erdgasleitung in Sibirien begonnen, bei bis zu plus 40 Grad im Sommer und minus 40 im Winter. In Westeuropa kam sie erst 1993 an, nun standen die kostenlosen Anteile dem vereinten Deutschland zu. Gedankt wurde das den Trassniks nicht, schon weil es unerwähnt blieb. Langlebiger als der einstige Frust wegen der politischen Bevormundung ist offenbar bis heute eine gewisse Alltagsnähe durch gemeinsame, realsozialistische Erfahrungen.

Doch daran anzuknüpfen, war nicht beabsichtigt. Die engen wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen wurden weitgehend gekappt. Empfang Putin als russischer Präsident vor vielen Jahren für eine Rede vor dem Bundestag noch stehende Ovationen, so wird er heute in den Leitmedien meist in einer Reihe mit den Despoten Erdogan und Trump genannt. Was seiner Rationalität wahrlich nicht gerecht wird. Zu seinem Kalkül gehören innenpolitisch zweifellos beklagenswerte Zugeständnisse an die Orthodoxe Kirche, an Oligarchen und Dogmatiker. Doch in der für Beziehungen entscheidenden Außenpolitik gilt er den Deutschen als vertrauenswürdig. Von Russland geht keine Gefahr aus. Das empfinden 91 Prozent von ihnen. Daran hat auch die Krim nichts geändert. Die Frage, ob im Völkerrecht das Selbstbestimmungsrecht der ansässigen Bevölkerung oder die Unverletzlichkeit der territorialen Souveränität Vorrang hat, ist für viele offen.

Am 11. September 2013 veröffentlichte die New York Times einen offenen Brief Putins an das amerikanische Volk. Gewalt habe sich als unwirksam und sinnlos erwiesen, hieß es darin. Es war ein geradezu flehender Appell, zum Weg zivilisierter, politischer Vereinbarungen zurückzukommen, das Völkerrecht einzuhalten und militärische Interventionen zu unterlassen.

Aber da war Putin in gefährlicher Weise schon zum Lieblingsfeind erkoren worden. Von einer Sicherheitsarchitektur unter Einbeziehung Russlands wollte die NATO nichts wissen. Längst war sie kein Verteidigungsbündnis mehr, sondern eroberte unter dem Propagandaschild der Menschenrechte gewaltsam geostrategische Macht.

Doch keine bewaffnete »humanitäre Intervention« hat Humanismus gebracht. Die angeblich friedenserzwingenden Maßnahmen« haben nur Hass und Fundamentalismus gefördert. Deshalb müssen die Ausgaben der NATO-Staaten, die jetzt schon über eine Billion Dollar im Jahr betragen, angeblich noch erhöht werden. Ohne konkrete Bedrohungs- und Bedarfsanalyse muss Russland erhalten als

Begründung für Rüstungsforderungen der US-Regierung, die auch als Bestandteil des Wirtschaftskrieges gegen Europa gedeutet werden können.

UN-Generalsekretär António Guterres hat auf der ansonsten von Hardlinern dominierten Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2018 die dramatisch gefährliche Kriegssituation in der Welt vor Augen geführt. Und er hat als Einziger der russischen Föderation gedankt für die Konferenz in Sotschi, die eine Friedenslösung und freie Wahlen in Syrien gefordert hat und vom Westen boykottiert und von der Großpresse nur kritisiert wurde.

In München wurde auch die angebliche Notwendigkeit neuer, kleinerer Atomwaffen debattiert, die die Hemmschwelle angeblich erhöhen sollen. Spürbar fehlte ein Entspannungspolitiker wie Egon Bahr. Seit seiner **Tutzinger Rede »Wandel durch Annäherung« 1963** hatte er sich das Image des Meisters der Diplomatie erworben, des Brückenbauers, der Krisen durch Verhandeln entschärft. Frieden war seine Priorität. Eine der letzten Reden Egon Bahrs galt dem 60. Jahrestag des Russel-Einstein-Manifestes im Juli 2015. Darin erinnerte er an etwas, was doch eigentlich alle wissen:

- Die atomare Zweitschlagfähigkeit, über die alle A-Mächte verfügen, macht die klassische Hoffnung auf Sieg im Krieg sinnlos. Wer zuerst schlägt, stirbt als Zweiter, setzt die verrückte Bereitschaft zum eigenen Ende voraus.
- Die Theorie der Abschreckung sei eine unverwendbare Theorie geworden. Sicherheit voreinander muss durch Sicherheit miteinander ersetzt werden.

Wer erinnert heute noch an die Lehren von Brandt und Bahr?

Als vor 20 Jahren auf Initiative von Egon Bahr und Günter Grass der Willy-Brandt-Kreis gegründet wurde, eine Art Thinktank von linken Sozialdemokraten und Linken mit und ohne Parteibuch, hatte ich die Ehre, dabei zu sein. In unserem **Gründungsaufruf 1998** hieß es:

- »Der Mangel an Orientierung für Deutschland und Europa ist offenbar. Die gesamteuropäische Stabilität muss über und vor die Erweiterung der NATO gestellt werden. Ein ungebändigter Kapitalismus vernachlässigt sein wertvollstes Kapital, den Menschen. Transnationale Großunternehmen operieren ohne Gegenmacht und unterminieren die Demokratie. Die Politik muss die Fähigkeit zurückgewinnen, auch der Ökonomie gesellschaftliche Rahmenbedingungen zu setzen. Wenn das nicht gelingt, drohen in Europa Verhältnisse wie in der Weimarer Republik.<<

Inzwischen sind diese fast erreicht.

Mein politisches Denken wurde durch die Begegnung mit Egon Bahr und dem Kreis dahingehend bestärkt, dass bei Verhandlungen mit Überheblichkeit nichts zu erreichen ist, sondern man sich der Unvollkommenheiten und Fehler der eigenen Seite immer bewusst sein sollte. Westliche Werte - diesen Euphemismus hat Bahr nie benutzt. Weil damit die freiheitlichen Ideale von Demokratie als Feigenblatt benutzt werden, **die Verheerungen der in globalen Zwängen der Gewinnmaximierung steckenden Wirtschaftsordnung** zu kaschieren. Damals schon sagte er:

- »Täglich sind die Entartungen eines Kapitalismus zu erleben, der seinen Konkurrenten verloren hat. Seine Fähigkeit, sich ohne Konkurrenz zu reformieren, muss noch bewiesen werden.<<

Diese Hoffnung nicht aufgebend, verfassten wir im Kreis unter seiner Federführung einen Appell zur Beendigung des Jugoslawien-Krieges - vergeblich natürlich. Gegen NATO-Logik kam auch ein Egon Bahr nicht an, aber er ließ nicht locker. Zu einem normalen Selbstwertgefühl gehöre auch die Fähigkeit, einmal Nein zu Vorschlägen der Verbündeten zu sagen, beharrte er. „Die konzeptionslose Ausweitung der NATO - bis wohin eigentlich? -, ohne die vereinbarte Partnerschaft mit Russland zu vollziehen, möge Deutschland verhindern « Später beklagte er in unserer Runde, die NATO-Osterweiterung sei ein Jahrhundertfehler gewesen.

Oft gingen seine visionären Forderungen der realen Politik zu weit. Etwa wenn er warnte den Schutz von Menschenrechten nicht als Begründung für Gewalt und Eroberung zu missbrauchen. »Gewalt ist vollkommener

geworden als das Völkerrecht. Eine weltweite Diskussion über Prävention ist dringend erforderlich« Wer sich mit Russland einlässt, kann die Berührung mit Tragik nicht vermeiden, war seine Erfahrung. Wofür Stalingrad nur eine Metapher von vielen ist. Und doch einmalig dafür, den Ausgang des Krieges bestimmt und die Tragik folgerichtig auch gegen die Eindringlinge gewendet zu haben. Egon Bahr verhandelte auf oberster Ebene hat dort Kontakte gehalten bis zu privaten Freundschaften. Bei seiner späten Hochzeit 2011 war auch **Valentin Falin** geladen und sein zuverlässiger Freund und »back channel« **Wjatscheslaw Keworkow**. Dieser KGB-Mann hatte die Verhandlungen mit Egon Bahr vorangetrieben, die 1970 zum Moskauer Vertrag führten. Heute lebt keiner mehr von ihnen. Wo sind solche Einladungen noch denkbar, ohne gleich der Kontaktschuld verdächtigt zu werden?

Egon Bahr konnte zuhören er war neugierig. Und hat uns auch ermuntert, Kontakte auf anderen Ebenen zu pflegen - auf wissenschaftlichen, künstlerischen, lokalen. Wenn die oberste Politikebene versagt muss der Wille zum Frieden aus der Gesellschaft kommen.

Es soll noch Hunderte Hochschul- und Städtepartnerschaften mit Russland geben, aber man hört selten etwas davon. Sind sie nicht mehr aktiv oder haben Journalisten nicht den Auftrag, darüber zu berichten?

Es gibt in Berlin eine große russische Community, ein Russisches Haus der Wissenschaft und Kultur - aber von einem öffentlich wahrnehmbaren Gedankenaustausch kann keine Rede sein. Ich empfinde diese Sprachlosigkeit als Leerstelle. Wo sind denn all die Intellektuellen geblieben, mit denen früher, zumindest für Ostdeutsche mit etwas Sprachkenntnissen, doch Gespräche möglich waren. Was ist eigentlich aus den 20 Millionen KPdSU-Mitgliedern geworden? Sind wir neugierig genug auf Erfahrungen und Erkenntnisse von Menschen, die einst gesellschaftliche Umwälzungen vorantrieben?

Der Versuch, Kapitalismus zu überwinden, ist vorerst gescheitert-sind die Ursachen hinreichend besprochen? Was wissen wir über Ansätze, die heutige Defizite in Russland zu überwinden suchen?

Sicher, im Zeichen realer Kriegsgefahr scheinen solche Fragen nebensächlich. Aber vielleicht ist das ein Irrtum, vielleicht haben wir keine Zeit zu verlieren, auf allen Ebenen zu ermutigen. 93-jährig hielt Egon Bahr seine letzte Rede, drei Wochen vor seinem Tod. Kein Zufall: in Moskau. Und er fragte darin, ob die Ostpolitik von 1969 wiederholbar sei. Viele Konflikte seien konstant geblieben, aber neue hinzugekommen, die für ein Bündnis beider Seiten sprächen:

- etwa der IS und der Cyberwar.

Man müsse ohne Vorbedingungen verhandeln.

Russland werde allein bestimmen, welche Schritte es zur Demokratie gehe. Die Mehrheit der Länder der Erde lebten mit anderen Werten als den westlichen und erwarten Achtung dafür. „Ich habe noch keine Erwägungen gehört, Sanktionen gegen China oder Saudi-Arabien zu verhängen, weil sie unseren Vorstellungen nicht entsprechen“, spottete er. Deutschland sei vom Rückgang des Handels mit Russland am meisten betroffen, die USA am wenigsten.

Dort profitiere man eher von der schwindenden Zusammenarbeit. »Niemand nähme einen Schaden, wenn die Situation auf der Krim respektiert wird, ohne zeitliche Begrenzung“ schlug er vor. Körperlicher Einsatz blieb seinen sprachlichen Bildern vorbehalten: Man müsse die Hand am Puls des Anderen halten, um Überraschungen und Missverständnisse zu vermeiden.

Aber Missverständnisse, ja Missdeutung und Missachtung gegenüber Russland wird geradezu kultiviert in den Großmedien. Die Deutungshoheit über die Meinung von Mehrheiten ist im digitalen Zeitalter die wichtigste Waffe geworden. Hier findet die eigentliche Aufrüstung statt, auch wenn die herkömmliche sich wahrlich nicht lumpen lässt.

Als Gegengewicht zu russischem Fernsehen sendet seit Anfang 2017 der vom US-Kongress finanzierte, russischsprachige **Kanal Nastrojaschee Wremja - Current Time**. Dafür wurde Radio Free Europe wiederbelebt, das von Großindustriellen mitbegründete und CIA-gesteuerte Propagandaorgan des Kalten Krieges. Mehr als hundert Reporter berichten 24 Stunden am Tag für das gesamte Gebiet der einstigen Sowjetunion. Man verspricht Neuigkeiten ohne Zensur. Die Argumente ähneln den hierzulande verbreiteten. **Aber der Sender wird kaum gesehen.**

Die Mehrheit der Russen misstraut ausländischen Medien, wie das Institut VZIAM ermittelt hat. Merkwürdig, wo doch die eigenen Medien so staatstreu sein sollen. Aber das scheint auch hierzulande der Glaubwürdigkeit bei vielen keinen Abbruch zu tun. Laut besagter forsa-Studie glauben 46 Prozent die Räuberpistole, nach der Putin kurz vor seiner Präsidentschaftswahl und seiner Gastgeberschaft bei der Fußballweltmeisterschaft nichts Besseres zu tun hat, als persönlich die Vergiftung seines seit Jahren in London lebenden **Ex-Spions Skripal** samt Tochter Julia anzuordnen. Die gedungenen Attentäter infizieren die Haustür ihrer Opfer mit dem hochwirksamen **Nowitschok**, das einst in Usbekistan entwickelt wurde und dessen Rezeptur inzwischen so ziemlich alle Geheimdienste in Ost und West kennen. Die britische Anti-Terror-Einheit bestätigt am 28. März 2018, Gift dort in hoher Konzentration gefunden zu haben. Wenn man es einatmet, tötet es innerhalb von Minuten, über Hautkontakt etwas langsamer. Nichtsdestotrotz verlassen die beiden Skripals unversehrt das Haus, begeben sich in ein Restaurant, wo sie nach russischer Sitte üppig speisen, nehmen noch einen Drink in einem Pub und spazieren anschließend in einen Park. Erst dort beginnt das Gift zu wirken. Gegengifte helfen nur, wenn sie sehr schnell verabreicht werden, aber über die Details ab Parkbank erfährt man nichts. Obwohl die ganze Welt an dem Krankenhausaufenthalt Anteil nimmt. Ein Wort der Betroffenen ist nie zu hören. Dabei bleibt es auch nach der wider Erwarten geglückten Heilung - als Augenzeugen fallen die beiden aus, denn sie müssen vor weiterem völkerrechtswidrigem Chemiewaffen-Einsatz der Russen hochsicherheitsgemäß verwahrt werden. Ja haben die Storyteller noch alle Nadeln an der Tanne? Aber Glaubwürdigkeit ist keine Voraussetzung mehr, auf die man in der Politik Rücksicht nehmen müsste. Der politische Druck von Trump und May war so groß, dass die halbe Welt russische Diplomaten auswies. 69 Prozent der Deutschen sind immerhin gegen diese Strafmaßnahme. Auch gegen wirtschaftliche Sanktionen ist die Mehrheit.

Fragt diese sich vielleicht, welcher historische Hintergrund die deutsche Anmaßung legitimiert, gegenüber Russland wieder als Erziehungsberechtigter aufzutreten?

Abenteuerlich auch die Behauptung, **Trump** sei durch russische Einmischung an die Macht gekommen. Falls dieser Präsident je die Absicht hatte, das Verhältnis zu Russland zu entspannen, konnte ihm das so ausgetrieben werden. Jeder Versuch wird als Beweis dafür gewertet, wie abhängig ihn der den Russen geschuldete Dank macht.

Dabei lohnt es, sich zu erinnern, worin genau die Wahlbeeinflussung bestanden haben soll. Vier Wochen vor der Wahl hatte **Julian Assange** brisante Wikileaks-Enthüllungen angekündigt. Sofort behauptete Hillary Clintons Wahlkampfleiter John Podesta: Wikileaks sei der Propaganda-Arm der russischen Regierung. Dass es einen Zeugen gibt, der die Daten an Assange weitergegeben haben will, erschüttert die Legende nicht, die Geschichte kommt in der deutschen Presse einfach nicht vor. Gegenüber der Daily Mail hat der einstige britische Botschafter in Usbekistan Craig Murray bekannt, er selbst habe die E-Mail-Daten von einem Mitarbeiter der Clinton-Administration bekommen, der frustriert war über die Intrigen gegen Bernie Sanders. Ein Whistleblower also. Mal angenommen, es waren zusätzlich russische Hacker am Werk. **Wahlfälschung durch Veröffentlichung der Wahrheit?**

Weil es nur auf einer Seite geschehen ist? Vielleicht. Doch wann sind Hacker, egal woher, eigentlich Whistleblower, die öffentlich machen, was Wahler wissen sollten? Schließlich muss das Geheimhaltungsinteresse des Staates hinter den Interessen der Öffentlichkeit und der Meinungsfreiheit im Zweifelsfall zurückstecken.

Die Washington Times titelte:

- Waren es doch nicht die Russen? Aber in solchen Fällen verzichten deutsche Leitmedien sogar auf Quoten. Wo kämen sie hin, müssten sie **Craig Murray** zitieren: »Das Schlimmste an all dem ist, dass es den Konflikt mit Russland verschärft. Das bringt für alle Gefahren - nur nicht für die Rüstungsindustrie und natürlich das größere Budget für die CIA.« 1

Ebenso wird inzwischen konsequent vermieden, daran zu erinnern, was Hillary Clinton später als den Hauptgrund ihrer Niederlage bezeichnet hat. Dass nämlich der republikanische FBI-Chef Comey zwei Wochen vor der Wahl verkündet hat, dass die strafrechtlichen Ermittlungen gegen Hillary Clinton wegen neuer Funde auf ihrem privaten E-Mail-Server wieder aufgenommen würden. Erst nach der Wahl stellten sich die Funde als belanglos heraus. »Wie das FBI Wahlkampf macht«, titelte der Tagesspiegel damals. Nach heutiger Erinnerung hat nur einer Wahlkampf gemacht - Putin.

Das nicht zufällig kurze Gedächtnis der Medien hat überdies längst in Vergessenheit geraten lassen, dass die Russen allen Grund hätten, den Amis eine schicksalhafte Wahlbeeinflussung in Moskau heimzuzahlen. **Denn die Amerikaner hatten 1996 Boris Jelzins Wahl-feldzug organisiert.** Sie hatten alles Interesse daran, dass der Mann wiedergewählt würde, der mit der Schocktherapie des Washington Consensus, also Privatisierung und Deregulierung, die Wirtschaft des Kontrahenten ruinieren und eigene Interessen berücksichtigen würde.

Als Jelzins Popularität auf fünf Prozent abgesunken war, zogen US-Experten ins Moskauer Hotel "Präsident". Zu diesem Team gehörten Bill Clintons Wahlhelfer Richard Dresner und der PR-Mann Steven Moore. Diese rieten zu einer **Diffamierungskampagne gegen den kommunistischen Gegenkandidaten Sjuganow**, unter anderem durch „Wahrheitsschwadronen“, die ihn auf seinen Veranstaltungen mit (damals noch nicht sogenannten) Fake News aus der Fassung bringen sollten. Jelzin willigte ein, als zentrale Botschaft die Gefahr eines Bürgerkrieges zu beschwören, falls die kommunistische Mangelwirtschaft wiederkehre.

Bis dahin hatten die Staatsmedien Jelzin wegen seines Tschetschenien-Krieges verdammt - wie von Zauberhand brachten die großen Fernsehsender in der Woche vor der Stichwahl 158 kritische Beiträge zu Sjuganow und 114 positive zu Jelzin. Für Jelzin, der in den Mehrheitsmedien gern als der einzige russische Demokrat stilisiert wird, waren 100 Millionen Dollar Wahlkampfhilfe von privaten Sponsoren eingegangen. Nach Jelzins Sieg schilderte das US-Magazin Time am 15. Juli 1996 detailgenau, wie man sich massiv in Russlands innere Angelegenheiten eingemischt hatte: Verdeckte Manipulation führt zum Erfolg, hieß es dort. Man konnte auch noch Meinungsfreiheit demonstrieren, Kritik an solchen Machenschaften war nicht zu erwarten. Auch der Spiegel widmete dem Vorgang einen kurzen Beitrag, der keine Empörung hervorrief.

Dank Jelzins zügelloser Privatisierungspolitik wurde eine Kaste russischer Oligarchen mächtig. In der Amtszeit dieses protegierten Präsidenten halbierte sich das Nationaleinkommen, bis Russland 1998 zahlungsunfähig war.

Es war Putin, der mit harter Hand allmählich aus diesem Sumpf herausgeführt hat. Der Westen hat wenig Berechtigung, sich moralisch darüber zu erheben. **Die Abkehr von der früheren Entspannungspolitik halten 71 Prozent der Befragten für falsch.** (Darunter übrigens viele AfD-Anhänger. Aber diese Neunationalen haben einen Teil ihrer fehlenden Programmatik sowieso von anderen Parteien abgeschrieben, auch von linken. Das kann man bloßstellen und unbeirrt bei seinen Zielen bleiben, bekämpfen sollte man den kruden Kern.) Unter den Ostdeutschen sind es 78 Prozent, die sich die Entspannung zurückwünschen und bei den SPD-Mitgliedern gar 89 Prozent. Der Bruch des neuen SPD-Außenministers Heiko Maas mit der etwas mildereren Russland-Linie seiner Vorgänger Steinmeier und Gabriel verärgert 81 Prozent der SPD-Mitglieder. Aber das freie Mandat befreit vor allem von der Rücksichtnahme auf die Basis. Vorsicht also mit Belehrungen über Demokratie. Putin hat höhere Zustimmungswerte. Und auch gewachsenen Einfluss zur Lösung internationaler Konflikte.

Weshalb Kanzlerin Merkel nicht umhinkommt, den Sanktionierten zu einem Arbeitsbesuch zu empfangen. Begrüßenswerter Pragmatismus. Dass aber die an guten Beziehungen so interessierte Öffentlichkeit nach dem 18. August diesen Jahres nichts über Ergebnisse erfahren durfte, bleibt merkwürdig.

Wandel durch Annäherung hat zu Entspannung geführt, nicht Wandel durch Abschreckung.

Russland ist kein Gegensatz zu Europa, sondern sein Bestandteil. Bis zum Ural auch geographisch. Russlands Kunst hat die europäische geprägt: Dostojewski, Tolstoi, Bulgakow, Eisenstein, Tschaikowski, Schostakowitsch, Chagall, El Lissitzky und ungezählte andere. **Europa verstümmelt sich mit der Absonderung von Russland - kulturell, ökonomisch, touristisch, menschlich.**

- Dafür, dass zur deutschen Staatsraison die Sicherheit Israels gehört, gibt es unabweisliche Gründe. Sie beruhen auf historischer Verantwortung.

Aus denselben Gründen gebietet es sich, auch die Freundschaft zu Russland zur Staatsraison zu erheben.

Weitere Artikel:

Sigmar Gabriel: Wandel durch Annäherung – Zur Aktualität der Rede Egon Bahrs vor 55 Jahren in Tutzing	90
Peter Gauweiler: Ein anderer Umgang mit Russland ist nötig	96
Richard Kiessler: Wider die »galoppierende Entfremdung«	100
Gabriele Krone-Schmalz: »Warum wir Frieden und Freundschaft mit Russland brauchen.«	107
Wolfgang Kubicki: Frieden in Europa ist es wert, sich der Mühe des Ausgleichs zu unterziehen	111
Harald Kujat: Mut zum Ausgleich	116
Oskar Lafontaine: Zeit für eine neue Entspannungspolitik – Warum Frieden und Zusammenarbeit mit Russland im europäischen Interesse sind	121
Albrecht Müller: Tödlicher Wandel durch Konfrontation – Was uns vermutlich ins Haus steht	126
Matthias Platzeck: Zurück zu politischer Vernunft – Deutschland muss endlich Initiative für ein sicheres Europa ergreifen	133
Herwig Roggemann: Russlands Raum im Europäischen Haus? Anmerkungen zur deutschen Russlandpolitik	137
Florian Rötzer: US-Außenminister James Baker: »Keinen Inch weiter nach Osten« – Die Eskalation des Konflikts mit Russland wurde von den USA und der NATO systematisch betrieben	153
Evgeniya Sayko und André Schmitz-Schwarzkopf: Zuhören, annehmen, verstehen – Junge, neue Wege für eine deutsch-russische Verständigung	160
Hans-Joachim Spanger: Vom »Liberalen« zum »Pluralen« Frieden – Plädoyer für eine neue Entspannungspolitik	165
Antje Vollmer: Egon Bahr – Eine unbestrittene Autorität	172
Konstantin Wecker: »Ich kann diese Verlogenheit nicht mehr ertragen«	176
Willy Wimmer: Es ist »Taugenacke«, Dummkopf!	183
Detlef Prinz: Statt eines Nachwortes: Ein trauriges Protokoll – das trotzdem Mut machen soll!	189
Die Autoren	196
Anmerkungen	204